

Haushaltsrede

Sehr geehrter Herr Landrat Bernhard,
sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer Haushaltsrede, Herr Bernhard, zitierten Sie am Ende den Ministerpräsidenten Kretschmann: „Wir bleiben auf dem Teppich, auch wenn der Teppich fliegt“. Wir haben uns die Frage gestellt, in welchem Zusammenhang er dies gesagt hat. Er äußerte diese Worte im Jahr 2011, als die Grünen - damals besonders wegen ihrer Gegenpositionierung zu Stuttgart21 - in einem Umfragehoch waren.

In der Wahlprognose, die Ende September dieses Jahres für Baden-Württemberg veröffentlicht wurde, lag die AfD bei 20% und war fast gleichauf mit den Grünen. Deshalb ist es auch in Ihrem Interesse, unserer Haushaltsrede aufmerksam zu folgen und im Laufe der Haushaltsverhandlung unsere Anträge deutlich ernster zu behandeln als in den letzten Jahren. Denn es ist sehr wahrscheinlich, dass die AfD bei der kommenden EU- und Kommunalwahl ein Rekordergebnis einfahren wird.

Noch zur Wahlprognose: Ich möchte Ihnen lediglich die ersten zwei Sätze aus dem offiziellen SWR-Artikel vorlesen:

„Die CDU liegt seit langem wieder weit vor den Grünen, die AfD sitzt den Grünen im Nacken. Zuwanderung wird als Problem Nummer eins in Baden-Württemberg gesehen.“

Es ist uns nicht bekannt, dass der SWR ein AfD-naher Sender wäre.

Pro Quartal muss der Landkreis bekanntlich über 1.000 Migranten aufnehmen. In einer kürzlichen Pressemitteilung schrieben Sie, Herr Landrat, an die Bürgermeister, dass ihre Städte und Gemeinden nun zusätzlich 1.900 Migranten aufnehmen müssen, weil der Landkreis für diese nicht mehr zuständig ist.

Nun, meine Damen und Herren, was bleibt uns übrig angesichts dieser Umstände? Wie können wir uns hier behelfen? Es kann doch nur Berlin hier Abhilfe schaffen, oder?

Fragen und Sätze dieser Art sind in den letzten Wochen zahlreich gefallen, und wir zeigen Ihnen nun einen Weg auf:

Unser erster Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, mit sofortiger Wirkung ausnahmslos alle rechtlichen Möglichkeiten zur Umstellung auf Sachleistungen, Sozialkarten und Gutscheine für Migranten anzuwenden, anstatt Bargeldleistungen auszus zahlen.

Warum ist das der erste richtige und wichtige Schritt:

Ausnahmslos alle Migranten sind hier vernetzt über soziale Medien. Die Nutzung von WhatsApp und Telegramgruppen ist unerlässlich, um den Weg nach Deutschland zu organisieren und zu koordinieren - auch, um bereits mit anderen Migranten derselben Nation oder gar Familie zu kommunizieren. Das ist keine Verschwörung, sondern Realität.

Solch ein Beschluss, inklusive der äußerst konsequenten Anwendung, würde sich über die Gruppen in den sozialen Medien in kürzester Zeit bis in das kleinste Dorf in Afrika, Syrien, Afghanistan und darüber hinaus herumsprechen.

Und wissen Sie, was der Nutzen davon ist? Es wird sofort bekannt werden, dass es attraktivere Landkreise gibt als Böblingen, und eine Menge Migranten, besonders die Arbeitsunwilligen, werden gar nicht mehr in unseren Landkreis kommen wollen - und sollten sie zwangsläufig dem Landkreis Böblingen zugeteilt werden, dann werden sie alles tun, um hier so schnell wie möglich wegzukommen.

Der Kern des Antrags besteht darin, den sinnbildlichen Magneten für Migranten im Landkreis Böblingen abzuschalten. Dadurch werden die Kommunen weniger überfordert, und im besten Fall sind hier vor Ort nur noch diejenigen, die wirklich arbeitswillig sind.

Daraus ergibt sich der unmittelbare Antrag, der diese Wirkung immens verstärken wird:

Antrag 2: Streichung des WLANs für Flüchtlingsunterkünfte.

Ist Ihnen eigentlich die Veränderung aufgefallen? Als wir 2020 bereits – da waren wir unserer Zeit wieder weit voraus – einen ähnlichen Haushaltsantrag einbrachten, hätte die Kosteneinsparung bei 50.000€ pro Jahr gelegen. In dem aktuell eingebrachten Haushalt für 2024 haben sich die Kosten für WLAN in Flüchtlingsunterkünften nun auf 400.000€ pro Jahr erhöht!

Jetzt könnten Sie anmerken, bei einem Haushaltsvolumen von über 900 Millionen sind 400.000€ nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Aus finanzieller Sicht haben Sie möglicherweise sogar recht. Aber auch mit diesem Antrag wird das klare Ziel verfolgt, dass Migranten nicht mehr nach Böblingen kommen wollen.

Viele von Ihnen sind sich bewusst, dass unsere Anträge zu einer Reduzierung der Migranten führen werden, was dringend notwendig ist. Sollten Sie Einwände haben, einen AfD-Antrag zu unterstützen, wegen dieser ominösen Brandmauer, fordern wir Sie auf, unseren Antrag zu kopieren und im Namen Ihrer Fraktion einzubringen, aber keinesfalls zu ignorieren. Wenn Sie keine eigenen Lösungen zur Reduzierung der Migranten vor Ort präsentieren, werden Sie bei der kommenden Kommunalwahl abgestraft. Von allein wird sich dieses Problem nicht lösen; Sie müssen aktiv werden und nicht darauf hoffen, dass in Berlin eine Lösung gefunden wird. Sie sind handlungsfähig, und dieser Kreistag muss wieder seine Stärke finden und aktiv werden.

Als abschließender Gedanke, bevor wir zu einem anderen Thema kommen: Solange auch nur ein Bürger in unserem Landkreis zur Tafel gehen muss, oder obdachlos ist, ist ein absolutes Unding auch nur einen Migranten aufzunehmen.

Wir haben überlegt, ob wir in dieser Haushaltsrede das Medizinkonzept ansprechen sollen, denn dass es den Kliniken gut gehen soll und die Bürger eine gute medizinische Versorgung benötigen, ist definitiv im Interesse von allen. Aber dazu werden Sie dann im Dezember unsere finale Stellungnahme hören und nicht in der Haushaltsrede. Daher werfen wir nun noch einen Blick auf die Nachhaltigkeit, den Klimaschutz, etc.

Wir gehen davon aus, dass in diesem Gremium noch immer die Meinung vorherrscht, dass für den Bürger das Klima, die Agenda 2030, die Nachhaltigkeit etc. das wichtigste Thema ist. Sie wissen selbst, dass die Nachhaltigkeitsstrategie und das vermeintliche Klimaschutzkonzept den Landkreis hunderte Millionen kosten werden.

Und woher soll das Geld kommen?

Die Steuereinnahmen dieses Jahres sprudeln ganz besonders wegen Mercedes-Benz und Porsche. Wir haben uns stets gefragt, warum Sie alle hier dann einen Kampf gegen den Individualverkehr führen - beispielsweise um die Zahl der Autos um 20% zu senken.

Es gibt so vieles, was man dazu noch sagen müsste, aber beim Thema Windkraft formieren sich schon jetzt, während des Planungsprozesses Bürgerinitiativen. Sollten tatsächlich die ersten Windräder gebaut werden, wird der Protest massiver werden. Wir können Ihnen hierbei zusichern, dass sowohl die aktuelle als auch die zukünftige AfD-Kreistagsfraktion den Widerstand gegen die Windräder in unserem Landkreis begleiten und allgemein keine ideologiegetriebenen Projekte unterstützen wird.

Und lassen Sie mich die Haushaltsrede noch mit einem kurzen Kommentar abschließen. In Ihrer Haushaltsrede, Herr Bernhard, sagten Sie: "Mir ist es zuwider, was da am rechten Rand abläuft".

Es liegt wohl nahe, dass Sie damit uns gemeint haben - und ich sage Ihnen: Die AfD zählt nicht zum rechten Rand! Es gibt weitere politische Gruppierungen, die deutlich weiter rechts positioniert sind. Die Wahlergebnisse der AfD steigen nicht, weil die Gesellschaft plötzlich einen Rechtsruck erlebt. Woher soll dieser auch kommen!? Nein, die Gesellschaft erlebt gerade eine Linksflucht. Wir empfehlen es Ihnen allen hier sehr dringend: Verlassen Sie die linken und ideologischen Positionen, denn diese Zeit ist vorbei.